

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927**

8.11.1927 (No. 260)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Erpeditoren:  
Karlsruher-  
straße Nr. 14  
Verantwortlicher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 8515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatdangeiger:  
Chefredakteur  
E. K. M. e. n. d.  
Karlsruhe

Bezugpreis: Monatlich 3.— RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifrester Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verteuert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigeneinstellung, zwangsweiser Vertretung und Kontrahentverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

### Lloyd George über die Nachkriegspolitik

Lloyd George setzte sich am Montag in einer in London gehaltenen Rede mit den jüngsten Erklärungen Chamberlains zur Frage des Völkerbundes und des Friedens auseinander. Gegenüber der Erklärung Chamberlains, daß die Zusammenkunft von Locarno die erste war, wo Sieger und Besiegte auf dem Fuße der Gleichberechtigung zusammentraten, hob Lloyd George die Konferenz von Genoa hervor, in der von allen europäischen Nationen, ausschließlich Russlands, ein Nichtangriffspakt erzielt wurde, der in Locarno lediglich erneuert worden sei. Wenn Locarno nicht als Grundlage für Abrüstung und Schiedsgerichtsbarkeit behandelt werde, habe es nur den Wert einer Nährzige. Die Siegerstaaten hätten gegenwärtig weit über 10 Millionen ausgebildete Männer, die besser für den Krieg ausgerüstet seien als es 1914 der Fall war. Die heutige Kriegsmaschinerie sei furchtbarer als im Weltkrieg und die besten Köpfe befähigten sich damit, sie nicht nur zur Vernichtung der Meere, sondern auch wehrloser Bürger zu vervollkommen. Die besiegten Staaten hätten dem nur 200- bis 300 000 schlecht ausgerüstete Soldaten gegenüberzustellen. Trotzdem die frühere Entente diesen zugehört habe, nach ihrer Abrüstung selbst abzuhelfen, seien diese 10 Millionen nicht um das geringste vermindert worden. Ledenswert sei auch, daß Gebiete in Europa, wie z. B. Wilna und Galizien, ohne die Zustimmung des Völkerbundes oder des obersten Rates mit Gewalt annektriert wurden. Die im Vertrag von Versailles geschaffenen Bestimmungen für den Schutz der Minoritäten der neu geschaffenen Staaten seien mit Füßen getreten worden. Lloyd George schloß, Chamberlain habe nicht ein Wort über Schiedsgerichtsbarkeit und nicht viel über Abrüstung gesagt. Die Schiedsgerichtsbarkeit sei aber die einzige Grundlage der Abrüstung und Schiedsgerichtsbarkeit und Abrüstung zusammen seien die einzige Sicherheit für den Frieden. Chamberlain habe lange genug auf Locarno ausgerührt und möge sich nun zu seiner Pilgerfahrt nach dem Frieden anschicken, wie dies Verand mit den Vereinigten Staaten getan habe, um einen Vertrag zwischen Frankreich und Amerika zustande zu bringen.

Die liberale Londoner Presse bespricht in Leitartikeln zustimmend die Rede Lloyd Georges. „Daily News“ sagt: „Chamberlain verhandelt wiederum die auswärtige Politik in ein erhabenes Mysterium. Es war an der Zeit, daß jemand ihm öffentlich erklärte, daß er sich selbst lächerlich macht und der Zeitung der auswärtigen Angelegenheiten eine reaktionäre Wendung gibt.“ „Westminster Gazette“ erklärt: Lloyd George warne mit Recht davor, daß es sicher zu einem Krieg kommen werde, wenn die Probleme des Schiedsgerichts und der Abrüstung nicht gelöst würden. Chamberlains Selbstgefälligkeit angesichts der Preisgabe aller Bemühungen, das Versailler Abrüstungsversprechen zu erfüllen, könne nur mit völliger Unkenntnis der Verantwortlichkeit seiner Stellung entschuldigt werden.

### Der Gläubiger Amerika

W.D. Washington, 8. Nov. (Tel.) Nach einer Zusammenstellung des Schatzamtes sind am 15. Dezember folgende Raten oder Schulden fällig: Von England 92 975 000 Dollar, von der Tschecho-Slowakei 1 500 000 Dollar, von Belgien 1 125 000 Dollar, von Polen 1 000 000 Dollar, ferner kleinere Beträge von Finnland, Ungarn, Lettland, Litauen und Estland von insgesamt 9 657 400 Dollar. Laut „Associated Press“ erwartet das Schatzamt, daß Frankreich nach den Frühjahrswahlen Vorschläge auf Fundierung der Kriegsschuld unterbreiten werde, andernfalls müsse es im August 1928 für Kriegsmaterial 400 Millionen Dollar bezahlen. Als vorläufig uneinbringlich wurden im Schatzamt 250 Millionen Dollar von Rußland und 16 Millionen Dollar von Armenien abgeschrieben.

Staatsminister a. D. Graf Meisch 4. In Dresden ist Graf v. Meisch im Alter von 91 Jahren gestorben. Er wurde 1880 Bevollmächtigter Sachsens im Bundesrat. Im folgenden Jahr war er Innenminister, 1892 auch Minister des Äußeren. Im Jahre 1910 trat er in den Ruhestand, wurde aber gleichzeitig zum Minister des königl. Hauses berufen.

Die Zeitschrift des Nationalverbandes deutscher Offiziere ist auf Anordnung des Amtsgerichts Berlin wegen Verstoßes gegen das Republikverbot beschlagnahmt worden. Der Verstoß wird in einem „Treulose“ überschriebenen Aufsatz erblickt, der sich mit der Staatsumwälzung am 9. November 1918 befaßt und in dem der Weimarer Verfassung die Rechtsgrundlage abgesprochen wird.

Amtliche Statistik des deutschen Luftverkehrs 1926. Mit deutschen Flugzeugen sind auf deutschen Flughäfen im Jahre 1926 insgesamt 69 966 Fluggäste angekommen und 70 532 abgeflogen, während die entsprechenden Zahlen für Flugzeuge, die mit ausländischen Flugzeugen befördert wurden, 169 bzw. 9279 sind. — Der innerdeutsche Verkehr war am lebhaftesten in den Monaten Juni bis August.

Wohnkampf in der Textilindustrie. Die Streiklage in der rechtsrheinischen Textilindustrie hat sich verschärft. Am Montag sind laut „Vorwärts“ sieben Betriebe der Leppich- und Möbelfabrikation in den Streik getreten. Die Gesamtauslieferung erfolgt heute, den 8. November. Auch der Streik in den linksrheinischen Textilgebieten nimmt ständig an Umfang zu. Die Zahl der Streikenden war bis zum Samstag bis auf 8000 gestiegen.

Mißhandlung eines deutschen Abgeordneten in Oberschlesien. Gelegenheit einer Delegiertenversammlung der deutschen katholischen Volkspartei in Gieraltowitz wurde der Abgeordnete Franz von polnischen Insurgenten mit Gummipöppeln schwer mißhandelt.

### Berliner Tagesbericht

(Eigener Bericht der „Karlsruher Zeitung“)

#### Auswirkungen des Gilbert-Memorandums

M. Berlin, 8. Nov. (Priv.-Tel.)

Eine gewisse Nervosität hatte sich im Anschluß an die öffentlichen Erörterungen zwischen Parker Gilbert und der Reichsregierung bereits seit einigen Tagen bemerkbar gemacht und gipfelte in ihrem Ausdruck an den deutschen Börsen gefunden. Daß sie nicht ganz berechtigt ist, geht ja schon daraus hervor, daß die amerikanischen Börsen nicht gefolgt sind und namentlich der Kurs der deutschen Anleihe im wesentlichen unverändert geblieben ist.

Inzwischen sind mancherlei Gerüchte aufgetaucht, die wesentlich zur Beunruhigung beigetragen haben. Zum Teil sind sie an sich übertrieben. So wurde heute früh durch eine Korrespondenz behauptet, — und das ist auch in einigen Blättern zum Ausdruck gekommen, — daß sich Parker Gilbert über die deutsche Antwortnote sehr unangehalten geäußert und sie als völlig ungenügend bezeichnet hätte. An den zuständigen Stellen, die ja im dauernden Verkehr mit ihm stehen, ist davon nicht das geringste bekannt. Auch wird es für völlig unglaubwürdig gehalten, weil Gilbert ein viel zu vorsichtiger Beurteiler ist, als daß er nicht zunächst die deutsche Antwort sehr genau auf ihren tatsächlichen Inhalt nachprüfen würde. Außerdem kommt hinzu, daß ja ausdrücklich der beiderseitige Schriftwechsel als Grundlage für weitere mündliche und andere Auseinandersetzungen erklärt worden ist.

Dagegen ist es richtig, daß

#### die amerikanische Regierung

sich in etwas sehr auffälliger Weise hinter Parker Gilbert gestellt hat. Die Meinung eines Berliner Morgenblattes, daß Mellon, Hoover und Kellogg ausdrücklich das Memorandum billigten, scheint sich zu bestätigen. Die ersten Meldungen über eine Äußerung des Weißen Hauses sind inzwischen durch einen Rundfunk der „V. B.“ in ausführlicher Form bekannt gegeben. Danach hat man im Schatzamt erklärt, daß die bisherige Überwachung der deutschen Anleihe durch die deutschen Amtsstellen als nicht erfolgreich und eine neue, wirklich wirksame Überwachung als dringend notwendig für die Sicherung der deutschen wirtschaftlichen Erholung bezeichnet wird.

Es dürfte zutreffen, daß eine solche Erklärung den amerikanischen Anleihemarkt für Deutschland außerordentlich erschwert. Wenn aber heute gesagt wird, daß auch die Revision des Dawesgutachtens durch diese Entwicklung eine erhebliche Verzögerung erleide, so möchten wir demgegenüber betonen, daß an den zuständigen Stellen hüten und drüben mit einer sofortigen Erörterung dieser Frage gar nicht gerechnet wird. Soweit wir wissen, war man gerade auf amerikanischer Seite der Ansicht, daß zunächst einmal das nächste Jahr mit der höchsten Zahlung abgewartet werden müsse, ehe man über die Angelegenheit weiter sprechen kann.

#### Ein französisch-jugoslawischer Vertrag

In den nächsten Tagen soll ein französisch-jugoslawischer Schiedsgerichts- und Freundschaftsvertrag nach dem Muster des französisch-rumänischen Vertrages unterzeichnet werden. Natürlich erklärt man in Paris, daß der Vertrag keine Spitze gegen eine andere Macht enthalte, aber Frankreich „sichert“ sich weiter im Osten durch Einzelverträge, nicht nur gegen Deutschland sondern wie man hier in südslawischen Kreisen sieht, auch gegen Italien.

Nach Meldungen der Pariser Blätter ist jedoch kein so weitgehender Vertrag wie mit Polen und der Tschechoslowakei zustande gekommen. Das „Echo de Paris“ behauptet, er enthalte keine Militärkonvention. Die beiden Kontrahenten versprechen im Grunde genommen, sich nur hinsichtlich der Verteidigung der Verträge zu verständigen unter genauer Beachtung der Genfer Bestimmungen. Dadurch werde die Bedeutung der gegenseitigen Versprechungen herabgemindert. Andererseits würden die beiden vertragsschließenden Parteien jede zwischen ihnen entstehende Streitfrage entweder dem Schiedsgerichtsverfahren oder einem Ausgleichskomitee und in zweiter Instanz dem Völkerbundrat unterbreiten. Bereits im vergangenen Monat seien die Befehle der französischen Regierung hinsichtlich des Vertrages der Consulta in Rom mitgeteilt worden, welche keinen Anlaß zu irgendwelchen Einwendungen gefunden habe.

Überfall durch farbige Soldaten. Wie erst heute bekannt wird, überfielen am Samstagabend zwei farbige Soldaten der französischen Besatzungsarmee in Griesheim bei Darmstadt ein Brautpaar, wobei der Herr blutig geschlagen und das Mädchen nach dem Walde geschleppt wurde. Auf die Hilferufe der Überfallenen eilte ein französischer Korporal mit mehreren Soldaten herbei, denen es gelang, die beiden Kerle dingfest zu machen. Sie gestanden ihre Tat ein und werden sich vor dem französischen Militärgericht in Mainz zu verantworten haben.

### \* Die Warnung des Reparationsagenten

Das Memorandum des Agenten für die Reparationszahlungen ist nunmehr veröffentlicht worden. Gleichzeitig wurde auch die Antwort der Reichsregierung auf das Memorandum publiziert. Jeder vermag sich nun an Hand der Lektüre des Originals ein Bild davon zu machen, was Parker Gilbert eigentlich will. Der Ernst der Warnung, welche das Memorandum darstellt, wird dabei von niemandem ignoriert werden können. Man kann es ganz ruhig aussprechen, daß das Schriftstück Parker Gilberts als Ganzes und in seinen Einzelheiten noch erheblich schlimmer aussieht, als man das nach den ersten Nachrichten in der vorvorigen Woche annehmen mußte.

Parker Gilbert übt in seinem Schriftstück als Sprecher der Gläubigerstaaten Deutschlands eine außerordentlich scharfe Kritik an unserer Finanzpolitik. Seine Bedenken und Befürchtungen sind so groß, daß er bereits mit der Wahrscheinlichkeit einer Krise rechnet. Seiner Meinung nach kann diese Krise gerade noch verhindert werden, wenn die deutsche Reichsregierung sich unverzüglich und mit aller Energie von den bisherigen Tendenzen (übermäßiges Gelbtausgeben und übermäßige Kreditbeanspruchung) abwendet und ein Regime strikter Sparsamkeit und geordneter öffentlicher Finanzen einführt.

Dieser Passus ist eigentlich der Kernpunkt des gesamten Memorandums. Und wenn die Reichsregierung auch in ihrem Antwortschreiben der Warnung des Reparationsagenten eine hoffnungsfreudigere Auffassung entgegensetzt, ja die Nichtigkeit seiner Beurteilung teilweise glatt bestreitet, so ändert das doch nichts an der Tatsache, daß das Ausland vorzugsweise der Warnung, und nicht unserer Darstellung Gehör schenkt. Daneben bleibt es aber auch für den deutschen Staatsbürger immer noch eine offene Frage, wer denn nun eigentlich Recht hat: der doch sicherlich auch nicht schlecht unterrichtete und in finanzpolitischen Dingen erfahrene Reparationsagent mit seinem Pessimismus oder die Reichsregierung mit ihrer mehr optimistischen Auffassung. Selbst dann, wenn die Wahrheit in der Mitte läge, wäre die Kritik für uns noch immer ernst und bedenklich genug.

Man muß von vornherein die Aktion des Reparationsagenten von zwei Seiten aus betrachten, vom innerpolitischen und vom außenpolitischen Standpunkt. Ist die Kritik Parker Gilberts im wesentlichen berechtigt, so müssen wir uns schon in unserem eigenen Interesse, also aus rein inneren Gründen, um eine Besserung bemühen. Ein Blick auf das Ausland aber müßte die Kritik Notwendigkeit noch verstärken. Denn, wenn die Kritik berechtigt ist, und wir sie bei unserer inneren Finanzpolitik nicht beachten, wird sich sehr bald für uns eine Verschlechterung unserer außenpolitischen Lage ergeben, eine Verschlechterung, deren Wirkungen uns diplomatisch, moralisch und finanziell aufs empfindlichste treffen würden.

Aber auch dann, wenn die Kritik sich als übertrieben erweisen sollte, bleiben wir außenpolitisch in einer recht schwierigen Lage. Denn schon heute können wir voraussehen, daß das Ausland von sich aus in eine Diskussion der Frage, wer nun recht hat, gar nicht eintreten wird, sondern die Auffassung des Reparationsagenten als die gültige und richtige akzeptiert. Das bedeutet eine ganz außerordentliche Erschwerung unserer gesamten Außenpolitik. Wie man die Dinge auch betrachtet mag, sie sind für uns düster genug.

Wir werden also unter allen Umständen — auch dann, wenn wir die Kritik als übertrieben ablehnen sollten — in der nächsten Zeit mit neuen und großen außenpolitischen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Unser Kredit wird ganz bestimmt geringer werden. Schon jetzt kann man sagen, daß die Wirkung des Memorandums einer Sperrung des ausländischen Kapitalmarkts für uns gleichkommt. Aber auch auf dem Gebiet der reinen Außenpolitik besteht die Möglichkeit, daß sich das Memorandum in seiner für uns recht gefährlichen Weise auswirkt; es ist geeignet, den deutschfeindlichen Schichten in jenen Ländern, mit denen wir es vor allem zu tun haben, sehr erwünschte Vorwände zu liefern.

Durch eine Polemik, durch eine schriftliche und mündliche Verteidigung unseres der Auffassung des Reparationsagenten entgegengesetzten Standpunktes werden

wir höchstwahrscheinlich auf das Ausland geringen Ein-  
druck machen. Nur Taten werden das Ausland über-  
zeugen können. Daran folgt praktisch, daß wir eben  
doch eine ganze Reihe der Vorschläge des Reparations-  
agenten annehmen und verwirklichen werden. Glück-  
licherweise erkennt ja auch das Antwortschreiben der  
Reichsregierung bereits die Möglichkeit und Berechti-  
gung einiger solcher Vorschläge an. Aber mit Kleinig-  
keiten wird uns nicht gedient sein. Es wird auf die  
Gesamttenenz ankommen, auf die Frage, ob wir ge-  
willt sind, an unsere Finanzpolitik grundsätzlich mit  
einer ganz neuen geistigen Einstellung herinzutreten.  
Und am besten wird es wohl sein, wenn wir im In-  
teresse unserer Außenpolitik und im Interesse unserer  
finanz- und wirtschaftspolitischen Zukunft einmal die ge-  
samte Finanz- und Wirtschaftspolitik Deutschlands vom  
Standpunkt der Kritik des Reparationsagenten betrach-  
ten und dabei zunächst unterstellen, daß diese Kritik nicht  
unberechtigt sei.

Vergessen wir doch nie, daß der Reparationsagent,  
dem man eine Antipathie gegen Deutschland nicht vor-  
werfen kann, in seinem Memorandum sich nicht scheut,  
das öffentliche Finanzwesen in Deutschland als „unge-  
sund“ zu bezeichnen, und sogar „in steigendem Maße  
als ungesund“. Das ist, wenn wir berücksichtigen, daß  
Parker Gilbert sich einer höflichen Ausdrucksweise be-  
fleißigt, wohl der stärkste, kritische Ausdruck, den er  
überhaupt anwenden konnte.

Nach der Lektüre des Memorandums muß die Be-  
hauptung, dieses Schriftstück sei, wenn auch nicht ge-  
radezu auf Bestellung der Reichsregierung bzw. des  
Reichsfinanzministers, so doch im Einvernehmen mit  
ihnen abgefaßt worden, einigermaßen verwunderlich er-  
scheinen. Daß jemand bei seinem Kritiker noch extra  
eine öffentliche Aufsertigung der Kritik mit allen ihren  
peinlichen Feststellungen erwirkt, dürfte jedenfalls ein  
Novum sein. Und deshalb vermögen wir jene Behauptung  
nicht recht zu glauben. Die Mahnung eines Gläu-  
bigers ist schon im Privatleben nicht angenehm; aber sie  
erfolgt ja vertraulich. Wird aber, wie hier im Falle  
Parker Gilbert, eine derartig im einzelnen belegte und  
die gesamte Finanzgebarung des Schuldners kritisierende  
Warnung veröffentlicht, dann ist das doch wahrlich so  
ziemlich das Schlimmste, was diesen Schuldner treffen  
konnte.

Zu den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.  
Die deutsche Delegation, die demnächst die Wirtschaftsver-  
handlungen mit der polnischen Delegation wieder aufnehmen  
soll, wird nicht von dem bisherigen Vorsitzenden, Staatssekre-  
tär Rewald, geführt werden. An seiner Stelle wurde Mini-  
sterialdirektor Hoffe genannt, der bekanntlich auch die Ver-  
handlungen mit Frankreich geführt hat. Es steht aber noch  
nicht fest, ob Hoffe tatsächlich diese Führung übernehmen  
wird. Es ist vielmehr wahrscheinlich, daß eine andere Per-  
sönlichkeit an die Spitze der deutschen Delegation berufen  
wird. Sicher ist nur, daß auf beiden Seiten neue Delega-  
tionsführer die Verhandlungen leiten werden. — Der Direk-  
tor im politischen Departement des polnischen Außenmini-  
steriums, Dr. Jadowicki, der sich als Sonderdelegierter der  
polnischen Regierung nach Berlin begeben wird, ist erkrankt  
und liegt mit Fieber zu Bett. Seine Reise muß deshalb  
eine unwesentliche Verzögerung erfahren.

Im amerikanisch-französischen Zollstreit hat Amerika auf  
die letzte französische Note geantwortet. Die amerikanische  
Note bezieht sich auf eine Erläuterung der technischen Punkte,  
deren Aufklärung für notwendig befunden wurde, um Ver-  
handlungen wegen eines Handelsvertrags eröffnen zu kön-  
nen. Amerikanische Beamte hoffen, daß diese Note den Weg  
für eine provisorische Tarifvereinbarung ebnet wird, die  
während der Dauer der Vertragsverhandlungen Gültigkeit  
haben würde.

## Unfreiwilliger Völkerbund

Von Dr. Etienne Schnäpper

Wir waren in Ostosjowski und Tolstoi vertieft, bis plötz-  
lich aus dem großen Saale Russlands der Öllärm des  
Völkereismus erscholl. Was wissen wir seither von Rus-  
land? Man malte uns grauenvolle Alpträume oder ver-  
lodende Fatamorganen, wir vernahmen das Scherbenklirren  
der zerfallenen Wirtschaft und den Abhismus neuer Ar-  
beitslieder und — fanden weder zum einen noch zum anderen  
Beziehungen. Russland blieb trotz Diplomatenspiels und De-  
legationsbesuchen eine Welt hinter Glas. Und nun tut sich  
unerwartet die Tür zwischen seiner und unserer Abgeschlossen-  
heit auf und vor uns steht ein lächelnder Parlekin, schlägt  
seine Marktpreise auf unsere und aller Dummen Köpfe,  
höht uns, sagt uns wunderbar verblühte zarte Grobheiten,  
wird dann unvermittelt melancholisch, reißt sein Glitterkleid  
auf und zeigt uns einen Augenblick ein weiches, warmes blen-  
dendes Herz, um in plötzlicher Wendung alle, liebgewonnene  
Bilder von den Wänden zu reißen und sie zu Scherben zu  
zertreten; er hält uns einen blanken Spiegel vor, quält selbst  
mit hinein und tröstet uns über unser dummes Gesicht damit,  
daß auch er eines habe und daß wir alle dumme Gesichter  
haben. Stellt dann jählich fest, daß wir schon vor dem  
Mittwoch Staub sind, Staub, auf dem ein bißchen  
Sonnenlicht beschönigend liegt, und — verschwindet. Zurück-  
bleibt die lachende Wahrheit, die er sprach, die Pracht seiner  
Erscheinung, unser Selbsterlebnis, ein wenig Traurigkeit und  
— das Chaos. Aber immer wurde eine neue Welt aus  
Chaos. . . Häufig erhebt in den Büchern Ija Ehrenburgs  
aus der Weisheit der Ironie der Vogel Rhönitz des reinen  
Menschentums und des tragischen Mitgeföhls, nie so häufig  
wie in den „Dreizehn Pfeifen“, die der Rhein-Verlag in Bas-  
sel und Leipzig in seine neue, weltumspannende Bibliothek  
„Die fünf Weltteile“ aufgenommen hat. Man ist nicht  
weiter überrascht, Ehrenburg gerade hier anzutreffen, denn  
ein ihm nahe Verwandter im Geiste eröffnet diese zeitgema-  
che alle Bücherreihen mit unergänglichen Aktualitäten,  
unten dem vielversprechenden Titel „Das Lächeln Voltaires“ (her-  
ausgegeben von Iwan Goll).

Im das wissende Lächeln des Alten von Ferner denkt man,  
wenn man hier zusieht, wie der feinste Kopf des neuen Rus-

## Politische Neuigkeiten

### Die Genfer Konferenz zur Abschaffung der Ein- und Ausfuhrverbote

Die diplomatische Konferenz für die Schaffung eines inter-  
nationalen Übereinkommens betr. die Aufhebung der Ein-  
und Ausfuhrbeschränkungen und Verbote hat am Montag  
abend in Genf nach über dreiwöchentlichen Beratungen ihre  
Arbeiten abgeschlossen. Die letzte Sitzung vom Montag,  
welche 6 Stunden dauerte, diente der Genehmigung des Textes  
der Konvention und des Schlussprotokolls sowie der Schluss-  
akte. Aber einen Antrag des Vertreters der Vereinigten Staa-  
ten, Wilson, der die Streichung zweier bedeutsamer Stellen  
der Schlussakte verlangte, entspann sich eine lebhaft Dis-  
kussion. Wilson führte aus, die Vereinigten Staaten müßten  
absolute Autonomie und Verhandlungsfreiheit auf dem Ge-  
biete des Zollwesens beanspruchen. Der amerikanische An-  
trag wurde schließlich mit starker Mehrheit abgelehnt, trotzdem  
sich zahlreiche Vertreter der Stimme enthielten.

Ferner gab die Konferenz ihre Zustimmung dazu, daß der  
Schlussakte als Anhang eine von den Delegierten mehrerer  
Länder, darunter der Schweiz, vorgebrachte Erklärung beige-  
fügt werde, in welcher ausdrücklich festgestellt wird, daß die  
auf Grund der Konvention künftig aus Gründen der Volk-  
gesundheit und aus anderen Gründen zulässigen Ein-  
und Ausfuhrverbote (Artikel 4) sich nicht auf Wein und Wein-  
produkte beziehen könne. Wilson (Amerika) bemerkte dazu,  
daß durch diese Erklärung die antialkoholische Gesetzgebung der  
Vereinigten Staaten keineswegs betroffen werden könne.

Am Schlusse der Sitzung wurde vom Präsidenten Gollin  
unter Namensaufruf die Staaten festgestellt, die bereits am  
Dienstag die Konvention und die Schlussakte zu unterzeichnen  
bereit sind. Es sind dies fünfzehn Staaten, darunter Groß-  
britannien, Frankreich, Italien, Deutschland, die Schweiz,  
Österreich, Belgien und die Tschechoslowakei. Andere Staaten  
versicherten, die Unterzeichnung in der nächsten Zeit vorzu-  
nehmen. Wieder andere, so die Vereinigten Staaten, Irland,  
Kanada und China ließen durch ihre Vertreter erklären, daß  
sie keine Instruktionen zur Vollziehung der Unterschrift er-  
halten hätten. Japan und Rumänien haben bis Dienstag  
um Mitternachtszeit die Unterzeichnung vorzunehmen. Falls  
sie dies bis dahin nicht tun, werden die von der Konferenz zu-  
gunsten dieser beiden Länder angenommenen Resolutionen hin-  
sichtlich. Im Laufe der Sitzung hatte Serrus, Frankreich,  
unter dem Beifall der Versammlung erklärt, daß sein Land  
auf die angemeldete Beibehaltung des Einfuhrverbots für  
Kohle zu verzichten bereit sei. Die Konvention wird am  
Dienstag nachmittags unterzeichnet.

### Die Reichspost macht schlechte Geschäfte

Der jetzt vorliegende Geschäftsbericht der Reichspost über  
das am 31. März beendigte Geschäftsjahr 1926/27 bringt  
einen Einnahmeausfall von 108 Millionen M gegenüber dem  
Voranschlag, der durch die Einschränkung der Betriebsaus-  
gaben um 85 Millionen M, durch Verzicht auf Anschaffungen  
von 55 Millionen M und durch Erhöhung des Vorgriffs auf  
18 Millionen M ausgeglichen worden ist.

Der Gewinn betrug 126 Millionen M gegenüber 208 Mil-  
lionen M des Voranschlags. Hieron wurden 70 Millionen  
an das Reich abgeführt und 55 Millionen zum Vermögen zu-  
geschlagen.

Die Gesamtzahl der Verkehrsanstalten hat sich um 0,9 Proz.,  
der Briefverkehr um 1,4 Proz. erhöht. Der Paket- und Wert-  
verkehr bringt eine Verminderung der Einnahmen um 3,6  
Proz., der Geldverkehr zeigt eine Abnahme der Postaufträge  
um 20 Proz., dagegen eine Zunahme der Postaufträge um  
nahezu 50 Proz. Der Zeitungsverkehr zeigt eine Erhöhung  
um 3,5 Proz. Die Zahl der Postkonten erhöhte sich um  
4,2 Proz. auf 898 352, die Summe der Guthaben um 2,2  
Proz. auf 603 Millionen M. Der Telegrammverkehr zeigt  
eine Abnahme um 7 Proz. und der Fernsprecheverkehr im In-  
landsverkehr eine ganz geringe Zunahme von 0,7 Proz., wo-  
bei jedoch ins Gewicht fällt, daß die Zahl der Vororts- und  
Ferngespräche erheblich nachgelassen hat.

Im ganzen ist das also eine rückläufige Bewegung im  
Etat der Reichspost. Vielleicht steht diese Tatsache mit dem  
Beginn der Prüfungsarbeiten der Reichspostkommission bei  
der Reichspost im Zusammenhang.

Dr. Stresemann hat Montag nachmittags dem Reichsprä-  
sidenten Vortrag gehalten.

## Internationale Luftfahrtausstellung 1928

In einer von Reichsminister Dr. Brüning einberufenen Ver-  
sammlung wurde am Montag in Berlin unter Leitung des Reichs-  
verbandes der deutschen Luftfahrtindustrie das Programm  
für die im Oktober des nächsten Jahres am Kaiserdamm  
stattfindende Internationale Luftfahrtausstellung 1928  
„ILA 1928“ bekanntgegeben. Dabei nahm Reichsminister  
Dr. Brüning Gelegenheit, auf die Leistungssteigerung  
von Flugzeug und Luftschiff, die gerade durch den Krieg in  
ungeheurer Weise gefördert worden sei, eingehend hinzuwei-  
sen. Die anwesenden ausländischen Vertreter hat der Mini-  
ster insbesondere bei ihren Regierungen dahin zu wirken,  
sich recht zahlreich auf der Ausstellung im nächsten Jahre zu  
zeigen, damit die ganze Veranstaltung einen überaus inter-  
nationalen Charakter erhalte.

## Die Revolutionsfeier in Moskau

Am Montag zogen vom frühen Morgen an aus den Fa-  
bricvierteln Moskaus Züge von Demonstranten, die insge-  
samt auf über eine Million geschätzt werden, auf den roten  
Platz. Auf der Tribüne des Leninmausoleums versammel-  
ten sich die Mitglieder der Regierung, des Zentralkomitees  
der Kommunistischen Partei, die Revolutionären Kriegsrates  
und des Präsidiums des Zentralrates der Sowjetgewerks-  
schaften. Zu beiden Seiten des Mausoleums befanden sich  
die Mitglieder des diplomatischen Korps und hunderte von  
Delegierten aus dem Ausland. Die Parade der roten Ar-  
mee nahm Kallinin ab, der darauf eine Begrüßungsansprache  
hielt. Nach ihm sprachen Sucharin im Namen des Zentra-  
lkomitees der Kommunistischen Partei, und Gollacher namens  
der kommunistischen Internationale. Die Umzüge dauerten  
bis zum Eintritt der Dunkelheit, bis 7 Uhr abends, längs der  
von farbigem Licht überfluteten Kremloauer. In einzelnen  
Punkten versuchten Führer der trotzkistischen Opposition die  
Aufmerksamkeit auf sich zu lenken.

In Berlin hatte am Montagabend der russische Botschaf-  
ter zur Feier des 10. Jahrestages der Gründung der Sowjet-  
republik eingeladen. Anwesend waren u. a. Reichsfinanz-  
minister Dr. Stresemann und Staatssekretär von Schubert,  
der Chef der Abteilung des Auswärtigen Amtes, der  
Reichspresseschef, Reichsgerichtspräsident Dr. Simons, die Bot-  
schafter De Margerie und Kagaola und die Gesandten der  
meisten auswärtigen Staaten. Das musikalische Programm  
enthielt u. a. Vorführungen der Atherwellemusik von Pro-  
fessor Theremin aus Leningrad und Konzertübertragungen  
aus Moskau und Leningrad.

Kardinal Faulhaber über Konnerkreuth. Wie die „Münch.  
Ztg.“ berichtet, sprach am Donnerstag nachmittags Kardinal v.  
Faulhaber im Münchener Dom unter großem Jubel über  
den Fall Konnerkreuth. Er sagte u. a. der Bischof von Ne-  
gensburg habe schon lange Zeit verlangt, Theresie Neumann  
solle zur Unterbringung in ein Krankenhaus überführt wer-  
den. Die Eltern hätten sich aber geweigert, ihr Kind aus  
dem Hause zu geben in einer begrifflichen ländlichen Scheu  
vor dem Krankenhaus. Nach dem Befehl könne Theresie ihnen  
nicht mit Gewalt fortgenommen werden. Den Eltern der  
Neumann hätten Filmunternehmungen Millionen geboten,  
wenn sich die Stigmatisierte hätte filmen lassen. Das Ange-  
bot sei aber abgelehnt worden. Der Kardinal schloß mit der  
Mahnung, die Befehle in Konnerkreuth einzustellen und rück-  
sichtsvoll im Urteil zu sein.

Der republikanische Reichsbund, bekannt durch seine Neu-  
gliederungspläne des Reichs, die auch süddeutsche Staaten  
zerfälligen wollen — u. a. sollen die Pfalz und Unterfran-  
ken einer Provinz Frankfurt zugeteilt werden. — hat am  
Sonntag in Berlin eine Reichskonferenz abgehalten. In  
einer Entschließung wird der Einheitsstaat verlangt und wei-  
ter gefordert, daß die Staatsämter nur verfassungstreuen  
Republikanern anzuvertrauen seien, daß der Verfassungstag  
zum nationalen Feiertag erklärt, und daß die Fragefrage  
entsprechend den Vorschlägen der Vereinigung „Republi-  
kanische Presse“ geregelt werde.

Der tschechoslowakische Eisenbahnerkonflikt noch nicht be-  
gelegt. Wie die Eisenbahnerorganisation mitteilt, kam es  
zu einer Annäherung durch das Angebot des Ministerprä-  
sidenten die streitigen Forderungen in Form von in die Pen-  
sionen einrechenbarer Zulagen auszugleichen, durch die die  
Gehaltsstufen der Eisenbahnenbediensteten ergänzt würde.  
Es blieb jedoch eine Differenz bestehen, da das Angebot keines-  
wegs für eine entsprechende Angleichung des Einkommens  
der Eisenbahnenbediensteten an das Niveau des Befolungs-  
gehebes genügen würde.

land in den Schicksalen von Tabakpfeifen die Nationalcharak-  
tere darstellt. In der Symphonie dieses „unfreiwilligen Völ-  
kerbundes“ sind die Kontrapunkte, diese Pfeifen, von denen  
der Dichter sagt, daß sie zernagt, durchdröhrt, das mensch-  
liche Leben abbilden als eine Chronik seiner vielfältigen Lei-  
denchaften, denn im Holz, im Ton oder im Stein verberge  
sich die Spur des menschlichen Odems: Atem, Geist, Seele,  
Beseltheit.

Die erste Pfeife beginnt ihre politische Karriere im e-  
legantem Salon eines hohen russischen Würdenträgers von  
einf. Sie durchzieht den Wechsel des politischen und sozialen  
Schicksals und findet im Kerker der Tschechien zurück zu ihrem  
einf. so glänzenden Besitzer. Was es die Pfeife, welche die  
Menschen zuerst glücklich machte, um schließlich bei allen, die  
sie rauchten, jenen bitteren Geschmack im Munde zurückzulassen?  
Systeme vergehen, aber allüberall bleibt der Mensch  
derselbe, sei er Diplomat oder kleiner Beamter, Sowjetkom-  
missar oder Delinquent. Aber Ehrenburg hütet sich das aus-  
zusprechen. In Frankreich spielt die Geschichte der zweiten  
Pfeife: das schöne Paris von einst, von heute und immer,  
das voll Liebe und Grazie lebt und — tötet, ist hier in den  
Rahmen einer Novelle gespannt, deren Feinheit man zu über-  
treffen ist. Romanische Züge mit Weidelins „Rabbi Etra“  
hat die dritte: die Weisheit eines alten Juden von Saloniki  
breitet sich wie ein kostbarer Orientteppich vor uns aus. In  
einem flambirten Schüßengraben wird die nächstfolgende  
Pfeife aufgefunden. Versöhlicher ist noch nirgends über  
Kriegsgeschick geschrieben worden; dieser Fingerhut voll  
Wermut birgt bei aller scheinbaren Süße mehr Bitterkeit als  
auf der Weisheit der Ironie der Vogel Rhönitz des reinen  
M. Hage, kein Dohn und kein Vorwurf, nur eine traurig lächelnde  
Feststellung: ein Lichtstrahl brandt Tausende von Jahren,  
bis er auf die Erde kommt. . . Das ist die einzige Öffnung  
in diesem hoffnungslosen Keinen Bild. Aber nicht lesen wir  
danach die fühlige Geschichte von der Pfeife Ex 4, in der  
mit ein paar ledigen Strichen der englische Nationalcharakter  
ein für allemal festgehalten ist. Nur ein ganz großer Künstler  
und Kenner konnte das zustande bringen; die Weltreise er-  
spart ein Englandreise. Dann ein Sprung nach Amerika.  
Kinowelt; schon darin eine Paradoxie; Amerika ist hier das  
Land der Illusion. Ein verkannter Kinofachspieler spielt so

naturell, daß er schließlich — auf den elektrischen Stuhl  
kommt. Der siebten Pfeife zuzieh gehen wir nach Holland.  
Wie ist Ehrenburg plötzlich zahm geworden, behaglich und be-  
hagig wie einer der alten Meister: weite Ebenen, Windmü-  
hlen, weidende Kühe, Milchdunst in der Luft, blühende Wä-  
lder auf klappernden Holzschuhen, rotwangig wie Chamere-  
käse, Tompfeisen, ein Hausvater, der aus der Bibel vorliest.  
Wie sich dieses Bild ländlicher Sittlichkeit und friedvollen  
Glücks zum Schlusse so unerwartet wandelt, das kehrt noch  
unser Lachmuskel, wenn wir längst die Geschichte der achten  
Pfeife lesen, die uns nach Dänemark, auf die hohe See, nach  
Paris, und schließlich nach Südamerika führt; drollig, tra-  
gisch, tiefinnig zugleich endet die Liebe des alten Seebären  
und weil wir schon am Meere sind, fahren wir in der  
neunten Geschichte mit einigen Millionen nach Afrika, er-  
leben Schiffsbruch und lernen die ungehebelten Sitten der  
Wilden kennen und die Geheimnisse der heiligen Pfeife Kaba-  
laschas. Die nächsten beiden Stadien spiegeln das Leben  
des modernen Russland, geschaut von einem, der das alte  
Russland kaum noch aus Kindheitserinnerungen und Erzäh-  
lungen kennt. Die vorletzte Geschichte ist dem deutschen Wald  
und seinen biederen Förstern gewidmet; St. Subertus immit-  
ten eines Dreiecks, das von dem Förster, seiner Frau und  
einem russischen Kriegsgefangenen gebildet wird. Von der  
Geschichte seiner letzten und dreizehnten Pfeife behauptet  
Ehrenburg, sie sei sentimental. Sie ist ein Meisterstück  
moderner Erzählkunst. Der Ort tut hier weniger zur Sache;  
sie könnte überall spielen, wo es Menschen gibt, und wo es  
Liebe gibt. Eine Kriminalgeschichte? Weit mehr, ein stil-  
les Drama auf wenigen Seiten, das wohl die Spannung eines  
Detektivromans birgt, aber in ein Lächeln ausläßt und in  
den leichten blauen Dunst einer verglühenden Pfeife.

Lehrstuhl für Landesgeschichte. Der Badische Lehrerverein  
und der Verein badischer Lehrerinnen haben zusammen mit  
dem Verein Badischer Heimat an das Unterrichtsministerium  
eine Eingabe gerichtet, in der die Errichtung eines Lehrstuh-  
les für Landesgeschichte an einer der beiden Landesuniver-  
sitäten angeregt wird. Es wird gleichzeitig auch damit an  
die Errichtung eines entsprechenden Seminars gedacht.

**E. Büchle**  
Inhaber: W. Bertsch  
Kaiserstraße 132 278  
Spezialhaus für

**Bilder u. Einrahmungen**  
Gute Ausführung bei  
billigster Berechnung  
Große Auswahl

**Gehaltsforderungen der österreichischen Beamten.** Der Ausschuss der Bundesangelegenheiten beschloß, wie aus Wien gemeldet wird, der Regierung heute ein Forderungsprogramm zu überreichen, an dessen Spitze die Erhöhung sämtlicher Gehälter um 17,5 Prozent steht.

**Die Italienisierung Südtirols.** Der Präfekt von Bozen hat ein neues Dekret erlassen über die Verwendung der italienischen Sprache in Südtirol. Nach diesem Dekret müssen alle Inschriften, Schreiben und an die Bevölkerung gerichtete Dokumente in italienischer Sprache abgefaßt sein. Die Kundgebungen müssen vor ihrer Veröffentlichung den kommunalen Behörden vorgelegt werden.

**Die österreichischen Heimwehrtruppen** hielten in Graz (Steiermark) eine Führertagung ab. Das Ergebnis der Tagung war der Zusammenschluß der Heimwehrtruppen unter einheitlichem Kommando (Dr. Steiner, Innsbruck). Ferner wurde beschlossen, bei einer Wiederholung des Versuches, die Räteherrschaft oder eine rote Diktatur aufzurichten, wie im Juli 1927, den Kampf mit den radikalsten Mitteln aufzunehmen.

**Der Goldreichtum in den Vereinigten Staaten.** Nach einem Bericht des Washingtoner Schatzamtes beträgt die Menge des gemünzten Goldes in den Vereinigten Staaten 4 500 000 000 Dollar, also 55 Prozent der Goldmenge der ganzen Welt.

## Badischer Teil

### Vor dem Wiederauftritt des badischen Landtages

In einem Teil der Presse wird die Meldung verbreitet, daß der Badische Landtag am 15. November zu einer kurzen Sitzung zusammenzutreten werde, um das Kabinett und den Staatspräsidenten neu zu wählen. Diese Notiz entspricht nach unseren Informationen nicht den Tatsachen. Der Wiederauftritt des Landtages dürfte vielmehr erst in der übernächsten Woche, vermutlich am 21. oder 22. November, erfolgen. Es werden auch nicht die Minister neu gewählt, sondern lediglich der turnusgemäße Wechsel in der Person des Staatspräsidenten vorgenommen. Nach den bestehenden Vereinbarungen ist die Reihe an Innenminister Dr. Kemmele. Die Staatsberatung im Ausschuß und Plenum ist für die ersten 3-4 Monate nach Neujahr zu erwarten.

### Die Krebsbachtalbahn Kuffenhardt-Neckarbischofsheim

Im Rathaus in Neckarbischofsheim fand eine Besprechung unter dem Vorsitz des Landrats Straß, Sinsheim, mit den Gemeindevertretern statt, in der der Landrat eingehenden Bericht erstattete über den Stand der Verhandlungen zwecks Weiterführung der Bahn. Der Kreisrat Heidelberg hatte sich bereit erklärt, einen Zuschuß zum Betriebsverlust zu leisten, wenn auch die beteiligten Gemeinden zu weitgehenden Opfern bereit sind. Eine Bürgerschaft oder Übernahme der Aktien oder Erweiterung der Aktien wurde abgelehnt. Auch der Kreis Karlsruhe, der alleinige Aktionär der Bahn, war mit der Vermehrung der Aktien nicht einverstanden.

Die Aussprache ließ erkennen, daß die Gemeindevertreter teilweise sich des Ernstes der Lage nicht bewußt waren, obwohl ihnen die Erhaltung der Bahn sehr am Herzen liegt. Die wirtschaftliche Notlage der Bahn ist anscheinend nur eine vorübergehende und es wäre unverantwortlich, wollte man augenblicklich die schützenden Hände von ihr abziehen. Der Geschäftsgang der Bahn läßt die Vermutung nahe erscheinen, daß im kommenden Jahr keine Betriebsverluste eintreten. Es besteht die Möglichkeit, daß trotz des bisherigen Versäumnisses des Landes Baden, das bisher keinen Antrag zur Verteilung seiner Nebenbahnen gestellt hat, die Bahn vom Reich übernommen wird, wie dies ja im Nachbarland Württemberg geschehen ist. Dieser Gebante fand Anregung in der Versammlung und es wurde folgender Beschluß gefaßt:

1. Die Gemeinden fordern die Übernahme der Bahn auf das Reich gemäß Artikel 89 der Reichsverfassung.

2. Garantievertrag betr. Unter der Voraussetzung, daß sich die Kreise Heidelberg und Mosbach jeweils in der gleichen Höhe wie die beteiligten Gemeinden beteiligen, sind die Gemeinden bereit, die Garantie für etwaigen Betriebsausfall zu übernehmen. Als Betriebsverlust können nach Ansicht der Gemeinden indessen Rücklagen für Erneuerung und Reparaturarbeiten nicht angesehen werden. Als Betriebsverlust ist anzusehen der Unterschied zwischen Gesamteinnahmen und Ausgaben, so daß beispielsweise für 1926 der Betriebsverlust nicht 40 826 *M*, sondern nur 13 707 *M* betragen würde. Für den so errechneten Betriebsverlust sind die betreffenden Gemeinden gemeinsam bereit, die Gewähr für eine beschränkte Anzahl von Jahren — höchstens 5 — zu übernehmen.

Die oberste Grenze der Garantiesumme wird auf 12 000 *M* festgesetzt.

Am Schluß dankte Bürgermeister Ahlheim, Neckarbischofsheim dem Landrat für seine Mühe, die, wie man hoffen möchte, erfolgreich sein möge.

### Vom Kraftwerk Ryburg-Schwörstadt

Auf der Baustelle des neuen Kraftwerks werden gegenwärtig große Betonmauern zum Schutze der Uferbauten erstellt. Zur Vornahme der Uferbauten muß durch diese Betonmauern das Wasser abgehalten werden. Nach Beendigung der Uferbauten werden die Betonmauern wieder zerstört. In einem mächtigen Silo sind Sortiermaschinen für Kies, Sand und grobes Material in Tätigkeit. Auf badischer Seite türmen sich drei gewaltige Haufen Betonmaterial, das von der Schweizerseite an einem Draßseil zur deutschen Baustelle transportiert wird. Vier Kompressoren liefern komprimierte Luft zu den Baustellen. Zur Flusse sind zwei Schiffe stationiert zur Vornahme von Fundamentarbeiten. Ein Schiff ist mit 140 000 *M* versichert. Die Arbeiten auf Schweizer Seite scheinen mehr vorgerückt zu sein.

### Vom neuen Ravensviadukt

Wie aus zuverlässiger Quelle berichtet wird, sind die Arbeiten am neuen Ravensviadukt im Döllental soweit vorgeritten, daß, falls das günstige Wetter noch 14 Tage anhält, in etwa vier Wochen das erste Mal ein Zug über die neue Brücke geführt werden kann.

### Reichsgericht und Carté-Spiel

Die Staatsanwaltschaft Mannheim hatte gegen die Mannheimer Spielclubs ein Verfahren eingeleitet, um festzustellen, ob das Carté-Spiel, wie es in Mannheim, Frankfurt, Bad Homburg, Wiesbaden und anderen westdeutschen Städten gespielt wird, ein Glücksspiel oder ein Geschicklichkeitsspiel ist. Die Mannheimer Gerichte entschieden in drei Instanzen, daß man es mit einem Geschicklichkeitsspiel zu tun habe, worauf der Staatsanwalt beim Reichsgericht Revision einlegte. Das Reichsgericht verwarf jetzt die Revision und stellte sich auf den Standpunkt, daß das Carté-Spiel, wie es in den genannten Orten üblich ist (ohne Anlegen des Königs und mit tafelfähig stattfindender Beratung), als Geschicklichkeitsspiel zu werten und anzusehen ist. — Bekanntlich ist das Spiel vom preussischen Innenminister verboten worden.

### Aus den Parteien

Dem „Westdeutschen Volksblatt“ wird aus Baden gemeldet: Anlässlich der Anwesenheit von Dr. Wirth in seiner Vaterstadt Freiburg fand am Allerheiligen eine eingehende Aussprache zwischen dem Führer der badischen Zentrumspartei, Prälat Dr. Schöfer, und dem Reichstagsabgeordneten Dr. Wirth statt. Die Anregung zu dieser Besprechung soll von Dr. Wirth ausgegangen sein. Die Aussprache nahm einen allgemein befriedigenden Verlauf. Es ist anzunehmen, daß damit auch die Spannung, die seit der letzten Zentralkomiteesitzung des badischen Zentrums zwischen Dr. Wirth und seinen badischen Freunden bestanden hat, beseitigt worden ist.

Zum Vorsitzenden des am Samstag gegründeten Bezirksverbandes Karlsruhe-Land, Ettlingen, der deutschen Volkspartei wurde Landtagsabgeordneter Wilfer, Karlsruhe, und zu seinem Stellvertreter Stadtrat Naule, Durlach, gewählt. — Am Sonntag wurde der Bezirksverband Pforzheim gegründet. Zum Vorsitzenden wurde Direktor Lang, Pforzheim, gewählt. In dieser Versammlung sprach Generalsekretär Wolf über aktuelle politische Fragen und lehnte dabei eine Verquickung der Flagenfrage mit der zukünftigen Wahlparole ab. Das Parteiprogramm des neuen Staates sei ebenso zu achten wie die uns lieb gebliebenen alte Floskeln. Zum Reichsschulgesetzentwurf übergehend übte der Redner Kritik an dem Verhalten des Kultusminister Veers und betonte, die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei und ebenso der badische Reichstagsabgeordnete Dr. Curtius ständen in einer Linie mit den Forderungen der badischen Mitglieder der Deutschen Volkspartei bezüglich der Simultanschule.

### Tagungen

**Tagung badischer Geometer.** Die Vorstände der städtischen Vermessungsstellen Badens trafen sich am Freitag und Samstag in Mannheim, um über den Entwurf eines neuen Landumlegungsgesetzes zu beraten, das dem badischen Städtetag zur Genehmigung vorgelegt werden soll. Am Samstag nachmittag behandelte in einem öffentlichen Vortrag Vermessungsrat Bedenbach, Mannheim, die Entwicklung des Mannheimer Vermessungswesens und seine Aufgaben.

Die Landesversammlung der kirchlich-liberalen Vereinigung, die in Karlsruhe tagte, behandelte die Frage der Simultanschule. Sie nahm einstimmig eine Erklärung an, wonach sich die kirchlich-liberale Vereinigung im Gegensatz zum Reichsschulgesetz mit Entschiedenheit für die Erhaltung der badischen Simultanschule einsetzt.

### Lohnbewegungen in Baden

**Rückbildung des Tarifvertrags in der Schmudwareindustrie.** Die Gewerkschaften haben, wie aus Pforzheim gemeldet wird, den mit dem Arbeitgeberverband bestehenden Tarifvertrag in der Schmudwareindustrie auf 31. Dezember laufenden Jahres gekündigt.

**Zur Aussperrung der Zigarrenarbeiter.** Eine in Heidelberg abgehaltene Bezirkskonferenz des Zentralverbandes christlicher Zigarrenarbeiter nahm Stellung zur Aussperrung resp. Kündigung der deutschen Zigarrenarbeiter. Nach Referaten des Bezirksleiters W. Hartmann, Heidelberg, und des 2. Verbandsvorsitzenden W. Duffeldorf, fand eine lange, sehr erregte Aussprache statt. Man sahke dann einstimmig eine Entschiedenheit, welche das Vorgehen des Reichsverbandes deutscher Zigarrenarbeiter beurteilt. Infolge kleiner lokaler Streiks bei denen kein Mitglied des Zentralverbandes christlicher Zigarrenarbeiter Deutschlands beteiligt war, sei zum Zwecke der Aussperrung rund 130 000 Zigarrenarbeitern gefündigt worden. Die Konferenzteilnehmer verpflichteten sich, den aufzunehmenden Kampf mit aller Entschlossenheit und Opferwilligkeit aufzunehmen und durchzuführen. Die von den Arbeitgeberverbänden verbreitete Behauptung, daß die beteiligten Arbeitnehmerverbände tarifmäßig geworden seien, wird zurückgewiesen.

### Zunahme der Briefberaubungen

Die in letzter Zeit sehr häufigen Briefdiebstähle namentlich auf der Würzburger und Heilbronner Straße, führten zu ausgiebigen Recherchen seitens des Leiters des Mannheimer Überwachungsamtes, Murano, und der Überwachungsbeamten von Frankfurt und Karlsruhe. Unter dem Verdacht der Briefberaubung stand nun ein 50-jähriger Oberpostsekretär, Vater von vier Kindern, vor dem Mannheimer Schöffengericht. Nach Aussage des als Zeuge und Sachverständigen vernommenen Überwachungsbeamten Murano sind in der letzten Zeit nicht weniger als 15 Briefberaubungen auf der Würzburger Straße vorgekommen, bei denen der Angeklagte im dringenden Verdacht der Beteiligung steht. Der Angeklagte bestritt entschieden die Unterschlagung bzw. Verabgabung. Nach mehrstündiger Verhandlung wurde der Angeklagte freigesprochen. Obwohl er dringend der Verabgabung der Briefe in den zwei unter Anklage stehenden Fällen verdächtig sei, ebenso der Beteiligung an den 15 Briefberaubungen der letzten Zeit, so hielt das Gericht den Angeklagten dennoch nicht für völlig überführt.

### Gemeinde-Rundschau

**Vom Eufener Bezirksmuseum.** Hauptlehrer Vaader hat als Nachfolger des verstorbenen Hauptlehrers Trunzer die Leitung des Eufener Bezirksmuseums übernommen.

**25 Jahre Bürgermeister.** Bürgermeister Philipp Groß in Unterschwarzwald (Amt Mosbach), konnte sein 25jähriges Jubiläum als verdienter Ortsvorsteher feiern.

**Die Gemeindefreier in Baden-Baden.** In der Geschäftswelt in Baden-Baden hat die Ausgabe der Forderungszettel über die Gemeindefreier eine starke Beunruhigung und Erregung hervorgerufen, die die demokratische Ratshausfraktion veranlaßte, den Antrag zu stellen, die Angelegenheit in der nächsten Stadtratsitzung einer Aussprache zu unterziehen.

**Der Bürgerausschuß Kork** genehmigte den nachträglichen Voranschlag für das Jahr 1926/27 mit einer Umlage von 40 *Rpf* nach dem alten Steuerwert, sowie den Voranschlag für 1927/28 mit einer Umlage von 68 *Rpf* für Grund- und Gewerbebeitrag. Ferner wurde der Verkauf eines alten Gemeindefreier genehmigt, das an einem anderen Platz wieder erstellt werden soll.

**Der Stadtrat Offenburg** hat beschlossen, den städtischen Arbeitern auf Ansuchen Winterzuschüsse in Höhe von 50-75 *M*, rückzahlbar durch wöchentliche Abzüge bis spätestens April 1928 zu geben. Die Gaslaternen in Offenburg sollen für Restamezwecke ausgenutzt werden; für jede Laterne ist ein Betrag von 50-100 *M* als Miets zu bezahlen. Die städtischen Umlagen sind in einer Reihe von Fällen rückständig und der Stadtrat sieht sich genötigt, Gesuche um Standung nur dann zu bewilligen, wenn eine Sicherungshypothek eingetragen oder ein Bürgel gestellt wird. Für die Badische Bühne hat der Stadtrat für 4 Theateraufführungen einen Zuschuß von zusammen 500 *M* zugestimmt, zahlbar zu je einem Viertel nach jeder Vorstellung. Die Badische Bühne spielt in Offenburg auf eigene Rechnung und hat in diesem Jahre eine Vorstellung schon gegeben. Im vorigen Jahre wurde ein städtischer Zuschuß nicht bewilligt.

**In dem Voranschlag der Stadt Emmendingen** für das Rechnungsjahr 1927 (1. April 1927/28) betragen die Gesamtausgaben der Stadt 1 286 064 *M*, denen an Einnahmen 1 138 207 *M* gegenüberstehen, so daß ein ungedeckter Aufwand von 147 857 *M* verbleibt, der durch Gemeindesteuern auf Grund- und Betriebsvermögen zu decken ist. Die Steuergrundbeiträge betragen für die Steuerwerte aus dem Grundvermögen 60 *Rpf*, aus dem Betriebsvermögen 24 *Rpf*, für den Gewerbebeitrag 450 *Rpf* von je 100 *M* steuerpflichtigem Wert. Die städtische Schuld, herrührend meist aus Wohnungsbauten, beträgt zur Zeit 461 780 *M*, zu deren Verzinsung 16 774 *M* und Tilgung 7585 *M* in den Voranschlag eingestellt sind. Einer der Hauptausgabeposten ist § 10, öffentliche Wege, Plätze, Anlagen usw., wofür die städtische Summe von 159 600 *M* eingesetzt ist, darunter für Beschaffung eines Motorsprengwagens 22 000 *M*.

**Der Voranschlag in Zell a. S.** für das Rechnungsjahr 1927/28 sieht an Einnahmen 249 369 *M* und an Ausgaben 279 699 *M* vor, so daß ein ungedeckter Aufwand von rund 30 000 *M* verbleibt. Der Umlagefuß soll nach der endgültigen Beschlussfassung festgesetzt werden.

**Der Bürgerausschuß Willstadt** genehmigte einstimmig dem Voranschlag für 1927/28. Durch Umlage sind 37 476 *M* zu decken. Erhöhen soll werden 80 *Rpf* für Grund- und Gewerbesteuer, 32 *Rpf* vom Betriebsvermögen und 600 *Rpf* vom Gewerbebeitrag. Ferner wurden einstimmig die Baukosten für das neue Schulhaus in Höhe von 181 000 *M* genehmigt.

### Aus der Landeshauptstadt

**Todesfälle.** Der frühere Professor an der hiesigen Kunstgewerbeschule, Franz Sales Meyer, ist im Alter von 78 Jahren gestorben. Der Verstorbenen war eine in weitesten Kreisen bekannte Persönlichkeit. Er war auch schriftstellerisch tätig. Für seine geschichtlichen Forschungen erwarb er die Stadt Meersburg zu ihrem Ehrenbürger. — Im Alter von 56 Jahren ist hier nach langem Leiden der Vorsitzende des badischen Gastwirteverbandes, Anton Knopf, gestorben. Seit 1898 lebte er in Karlsruhe, seit 1920 als Besitzer des Hotels Hohenzollern. Knopf hat sich große Verdienste um die Organisation der Gastwirte erworben. Seit 1919 ist er Vorsitzender des badischen Gastwirteverbandes und in dieser Eigenschaft auch Mitglied des Vorstandes des deutschen Gastwirteverbandes in Berlin. Weiter war er Vorsitzender der Einkaufsgenossenschaft badischer Gastwirte, sowie Aufsichtsratsmitglied verschiedener Fachinstitute.

**Karlsruhe Briefe.** Das Bezirksamt Karlsruhe hat auf Antrag der Handelskammer Karlsruhe die Herren Kaufmann Eugen Baumann und Kaufmann Wilhelm Esfasser, beide in Karlsruhe, als Handelsmakler an der Karlsruher Börse verpflichtet.

**Friedrich Wolff-Denkmal im Stadtpark.** Für das im Stadtpark aufzustellende Denkmal für den Stifter des Blumengartens, Geheimen Kommerzienrat Dr. Friedrich Wolff, hat der mit der Ausführung beauftragte Bildhauer Robert Thiermann ein Modell in natürlicher Größe fertiggestellt. Der Stadtrat hat das Modell gutgeheißen.

**Einführung der 24-Stundenzeit in der Karlsruher Stadtverwaltung.** Mit Wirkung vom 1. Dezember d. J. wird bei der Stadtverwaltung und den städtischen Stellen die 24-Stundenzeit nach dem Muster der Reichsbahn eingeführt. Die städtischen öffentlichen Ämter werden mit der neuen Zeiteinteilung versehen.

**Badisches Landestheater.** Heute, Dienstag, findet eine Wiederholung von d'Alberts Oper „Tiefenland“ statt. In dieser Aufführung singt Lily Hafgren die „Martha“, in welcher Rolle sie bereits in der vergangenen Spielzeit in Karlsruhe großen Auffall fand. Die übrige Besetzung ist die gleiche wie diejenige der letzten Aufführung. Die musikalische Leitung hat Rudolf Schwarz, die szenische Leitung liegt in Händen von Dr. Hermann Bucherpergung. — Für die am Mittwoch, den 9. November, stattfindende Schülervorstellung von Heijts „Robert Guisard“ und „Der zerbrochene Krug“ (Beginn 6 1/2 Uhr) bleiben für das allgemeine Publikum Plätze vom 2. Rang ab zur Verfügung. — Bruno Franke Schaufpiel „Juwelstaub“ gelangt am Freitag, den 11. November, zur ersten Wiederholung. Am Samstag, den 12. November, geht Schillers „Braub von Messina“ zum drittenmal in Szene. Am Sonntag, den 13. November, wird Franz Molnar's „Spiel im Schloß“ nach seinen überaus erfolgreichen Aufführungen im Konzerthaus zum erstenmal auch im Landestheater als Nachmittagsvorstellung gegeben (Beginn 3 Uhr). Im Konzerthaus erscheint am Sonntag, den 13. November, die Erstaufführung eines der amüsantesten neueren Werke der englischen Lustspielliteratur: Noël Cowards „Wetens“ (Wochenende) in der Inszenierung durch Eugen Schulz-Weiden.

**Klavierabend A. Kremer.** Wie uns mitgeteilt wird, hat der Vorberauf für den Dienstagabend stattfindenden Klavierabend der Pianistin Fräulein A. Kremer aus Prag, sehr gut eingeleitet. Karten sind in allen Preislagen zu haben bei Frh. Müller, Musikalienhandlung hier, Kaiserstraße, Ecke Waldstraße, und bei F. A. Doerflinger, Musikalienhandlung, Kaiserstraße, Ecke Ritterstraße, sowie an der Abendkasse.

**Wetterdienst der Landeswetterwarte Karlsruhe.** Anhaltend kühl, zeitweise Regen, Hochschwarzwald Schnee. Baden befindet sich seit gestern in der Mischungszone zwischen der aus Nordwesten eingeströmten, in den untersten Schichten lagernden Kaltluft und der aus dem Süden entlang den Alpen aufgleitenden Warmluft, die von einem kräftigen, vor der spanischen Küste liegenden Wirbel heraufgeholt wird. Wir hatten daher in ganz Baden fast anhaltenden, teilweise sehr ergiebigen Regen. Auch heute morgen regnet es noch vielfach. Auf der Rückseite des noch immer über Standnaben liegenden Mittelwinds fließen weitere Massen Polarluft nach Mitteleuropa, so daß sich die Witterungsaussichten nicht geändert haben.

### Kurze Nachrichten aus Baden

**Hd. Heilbronn, 7. Nov.** Am Samstag fand in der alten Aula der Heilbronner Universität die erste feierliche Inmatriculation für das Wintersemester 1927/28 statt. Bei einem Stamm von 1911 Studierenden aus dem Sommersemester und einem Zugang von 284 ergibt sich eine vorläufige Frequenz von 2205 Studierenden, die aber durch die noch zu erwartenden Zugänge sich weiter steigern wird, so daß man einschließlich der Hörer mit einer Gesamtbesucherszahl von 2400 bis 2500 rechnet.

**Hd. Weinheim, 8. Nov.** Am Samstagabend wurde hier unter großer Beteiligung der dritte Weinheimer Heimatabend abgehalten. Im Vorbergrunde der Darbietung stand die Uraufführung eines dreiatigen Volksstückes von dem bekannten einheimischen Schriftsteller Karl Müller. Das Stück, betitelt „Willemer Afsichten“, rief einen großen Erfolg hervor. Oberbürgermeister Hügel sprach dem Verfasser zu seinem neuen Bühnenerfolg seine Glückwünsche aus und sollte den Beiträgen des von ihm geleiteten Vereins „Alt-Weinheim“, der sich die Pflege alter Heimatabende zur Aufgabe macht, volle Anerkennung.

